

## „Vergessen, für die Stadt zu arbeiten“

Obernkirchen. Vor knapp einem Jahr hat die „Mitte“ die SPD-Mehrheit im Rat geknackt. In ihren Fraktions- beziehungsweise Gruppensitzungen haben sie jetzt völlig unterschiedliche Bilanzen gezogen. CDU, WGO, Thomas Stübke von den Grünen und Einzelkandidat Konrad Bögel sprechen von Fortschritt, für den SPD-Fraktionschef Wilhelm Mevert bleibt die Politik der „Mitte“ blass. Die Gruppe kümmere sich zu wenig um die Dinge, die die Bürger wirklich interessieren, wie zum Beispiel die Kooperative Gesamtschule.

Die „Mitte“, so der Vorwurf des SPD-Fraktionschefs, „lässt die Stadt verwalten“. Statt sich mit eigenen Ideen einzubringen, die Obernkirchen voranbringen, halte sich die Mehrheitsgruppe mit „buchhalterischen Dingen“ wie der Verwaltungsreform auf, „die uns zumindest kurzfristig überhaupt nichts bringen“. Und auch über die zahlreichen Beschwerden bei der kommunalen Aufsichtsbehörde oder die Klage vor dem Verwaltungsgericht um Konrad Bögels zweites Mandat, habe die „Mitte“ schlichtweg „vergessen, für die Stadt zu arbeiten“. „Was ist aus den großen Visionen geworden. Selbst von Bögels Kulturzentrum ist nicht mehr die Rede“, wundert sich Mevert. Das Drängen der „Mitte“, den Haushalt früher zu verabschieden, kann Mevert nicht nachvollziehen. „Hätten wir eine freie Spitze, wäre frühes Planen und schnelles Umsetzen von Maßnahmen sinnvoll. Da wir aber auf jeden Euro gucken müssen, sollten wir mit möglichst verlässlichen Zahlen arbeiten und die gibt es eben erst spät.“ Die Themen, die die Bürger interessieren, verfolge die „Mitte“ nur „halbherzig“. Als Beispiel nennt Mevert die Kooperative Gesamtschule. „Wir sind für die KGS und haben das auch immer zum Ausdruck gebracht.“ Das Argument, die Stadt sei nicht zuständig, die Entscheidung liege beim Kreis, lässt Mevert nicht gelten. „So ein wichtiges Thema darf man nicht schlüren lassen. Da muss die Mitte ran.“

Allerdings habe er „das Gefühl, man kann sich in den Reihen der Mitte nicht einig werden“. Auf Stadtebene, vermutet Mevert, bremse man den Visionär Bögel, so dass sich dieser auf anderer Ebene Gehör verschaffen muss. Die Politik, die Positionen der „Mitte“, so Mevert, blieben im Dunkeln. „Wir versuchen uns durch Anträge einzubringen, den Bürgern so transparent zu machen, wofür wir stehen, wofür wir uns einsetzen.“ Der normale Bürger merke nicht, dass die Stadtkasse leer ist. Sparen müsse jeder für sich auch im privaten Haushalt.

Ideen müssten her. „Auf unseren Antrag hin wird geprüft, ob uns im Vergleich zu anderen Grundzentren im Kreis wie zum Beispiel Nienstädt besondere Kompetenzen und Schwerpunkte eingeräumt werden“, erinnert Mevert an die Beratungen zum Regionalen Raumordnungsprogramm. „Wir haben uns dafür stark gemacht, dass wir bei den Themen Arbeit und Gewerbe mehr Entfaltungsmöglichkeiten bekommen.“ Die „Mitte“ dagegen führt eine ganze Reihe von „Verbesserungen“ an, die sie im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht habe: Im Bereich Stadtsanierung, Straßenverkehr, Schulwegsicherung und Umweltschutz genauso wie bei der Aufarbeitung von Altlasten an Bürgerbeschwerden und der Demokratisierung. Das Stadtmarketing nehme ein Gesicht an und auch so manche andere, von Bürgern getragene Initiative, sei beflügelt worden. Im kulturellen Bereich zeichneten sich gute Entwicklungen ab bis hin zu Künstlertreffs und Darstellung der Eigenkultur Obernkirchener Künstler und Vereine. Ein Dienstleistungs- und Informationszentrum sei im Gespräch für das Vereinsleben, für Stadtmarketing und die Vernetzung mit Nachbarstädten. „Es ist ganz unvermeidlich, dass eine neue politische Gruppe mit ihren vielen Vorhaben die Verwaltung bis an die Grenze des Möglichen beansprucht“, schreiben Konrad Bögel und Gruppensprecherin Beate Krantz in einer Presseerklärung. „Das Ergebnis sind aber nicht Zerwürfnisse zwischen Politik und Verwaltung, die uns in der Vergangenheit viel zu schaffen machten, sondern Ergebnisse und Annäherungen im Selbstverständnis.“ Bögel und Krantz loben die „Fleißarbeit“ des Kämmers beim Erstellen des neuen Haushaltsbuches und der Umsetzung der Verwaltungsreform. „Ordnung wie auch Quellen möglicher Unordnung werden offen gelegt“, verdeutlicht Bögel den Nutzen dieser organisatorischen Arbeit.

© Schaumburger Nachrichten, 09.11.2002 (tk)